

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/93

Bonn, den 16. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a

Ist die SED bereit ...?

82

Auf offene Antworten fehlen offene Fragen
Von Fritz Stallberg

2 - 3

Erttäuschte Extremisten

100

Zur Deutschlandkundgebung der Vertriebenen

4 - 6

Von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer

119

Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals -
ein dringendes Projekt von europäischem Rang

Von Armin Regius

6 - 7

Hamburg gibt ein Beispiel

68

Konzentration von Mittel- und Oberstufe der Volksschule
ermöglicht Leistungskurse in Englisch und Rechnen

* * *

Ist die SED bereit ...?

Auf konkrete Fragen fehlen konkrete Antworten

Von Fritz Stahlberg

Als der Vorstand der SPD am 15. April seine zweite Offene Antwort an die kommunistische SED beschloß, verband er damit die Ankündigung, er werde sorgfältig registrieren, ob der Text dieser Offenen Antwort im Einflußbereich der SED unverkürzt veröffentlicht werden würde. Am 30. April zeigte sich dann was die SED unter einer sachlichen Information der Öffentlichkeit versteht: Sie ließ eine völlige Verstümmelung des Textes veröffentlichen und versuchte auf diese Weise, wesentliche Teile der SPD-Antwort der Bevölkerung in der Zone vorzuenthalten.

Der Vorstand der SPD hat diesen Vorgang in der Tat sorgfältig registriert. Er tat es schon deshalb, weil die umfassende sachliche Information der Öffentlichkeit nach seiner Ansicht in einem außerordentlich engen Zusammenhang mit der Vorbereitung und der Durchführung der beiden zunächst vorgesehenen Versammlungen steht. Die Art, in der die SED die Veröffentlichung der Äußerungen des SPD-Vorstandes für angebracht, oder für nicht-angebracht, hält die Art also, in der sie als Zensurbehörde auftritt, läßt Rückschlüsse auf mögliche Vorbehalte und Praktiken zu, mit denen die SED die von den Sozialdemokraten verlangte offene Auseinandersetzung über die Kernfragen der deutschen Politik zu führen gedenkt.

So ist es zweifellos sehr aufschlußreich für die Haltung der SED-Führung, daß sie folgenden Teil der SPD-Antwort verschwiegen:

- * "Deshalb erwartet sie (die SPD) eine Antwort auf die Frage
- * ob unserem Volk die Möglichkeit eröffnet werden kann, in
- * freier Aussprache Schritte zur Erleichterung der Auswirk-
- * kungen der staatlichen Spaltung und der Ansätze zur allmäh-
- * lichen Überwindung der Spaltung zu diskutieren. Das Zentral-
- * komitee der SED hat die konkreten Vorschläge der SPD bisher
- * nicht konkret beantwortet. Ebenso wenig hat es zu versuchen
- * gegeben, daß es bereit ist, Ansprüche auf Hoheitsrechte im
- * übergeordneten Interesse menschlicher Erleichterungen und
- * an innerdeutscher Entspannung unterzuordnen."

Ebenso wurde die Frage der SPD verschwiegen, wie denn in Deutschland offen und unbefangen diskutiert werden soll, wenn auf Menschen geschossen wird, weil sie aus dem durch Hinnerkfelder Mauer und Drahtverhaue abgetrennten Teil ihres deutschen Vaterlandes herauswollen, oder weil sie einfach von Deutschland nach Deutschland wollen - zu ihren Angehörigen, ihren Freunden, ihren Landsleuten ... In Zusammenhang mit dieser Frage hatte der SPD-Vorstand an das Schicksal des Bauarbeiters Peter Fechter erinnert.

Zur Beurteilung der Art der Verstümmelung der Antwort der SPD ist auch die Feststellung notwendig, daß gerade der folgende Teil der Offenen Antwort der Bevölkerung der Zone nach dem

Willen der SED vorenthalten werden soll:

- * "Die SPD besteht darauf und wird dafür sorgen, daß ihre weiteren Fragen auf der Tagesordnung bleiben:
- * Ist die SED bereit, nicht nur ausgewählten Funktionären, sondern jedem Mitglied ihrer Partei und allen Bürgern der DDR - nicht nur Rentnern, sondern auch jüngeren Menschen - zu erlauben, die Bundesrepublik zu besuchen und sich hier ein eigenes Urteil über die tatsächliche Lage zu verschaffen?
- * Ist die SED bereit, im Bereich ihrer Verantwortung dazu beizutragen, daß den Menschen im gespaltenen Deutschland das Leben leichter gemacht wird?
- * Ist die SED bereit, ihre feindselige Haltung gegenüber Berlin aufzugeben?
- * Ist die SED zu einer freimütigen Diskussion in beiden Teilen Deutschlands bereit?
- * Ist die SED bereit, das Spielen mit dem Kriege aufzugeben?
- * Will sich die SED für praktische Erleichterungen im geteilten Deutschland einsetzen?"

Hier sollen nun keineswegs alle Passagen aufgeführt werden, die in der Veröffentlichung des Zentralorgans der SED am 30. April gestrichen wurden. Weil der Text der Offenen Antwort der SPD aber in dieser Weise verstümmelt wurde, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner Sitzung am 15. Mai seine Forderung zum Ausdruck gebracht, daß er auf einer unverkürzten Veröffentlichung des Textes im Einflußbereich der SED besteht, bevor es zu der vorgesehenen Veranstaltung in Chemnitz kommt.

Zugleich hat der Vorstand den Mitgliedern und Freunden der SPD angeraten, den Text der Offenen Antworten nicht nur in der Bundesrepublik zu verbreiten, sondern auch in möglichst großer Zahl durch Briefe in den anderen Teil Deutschlands gelangen zu lassen.

Die offene Auseinandersetzung mit der kommunistischen SED hat durch die Offenen Antworten der SPD begonnen. Sie zeigt deutlich ihre Wirkungen. Die SED-Führung merkt täglich mehr, daß es inzwischen viel schwieriger geworden ist, die eigene Machtpolitik und insbesondere den Schießbefehl zu begründen, zu rechtfertigen und zu verteidigen. Als sie die Offene Antwort der SPD nur verstümmelt wiedergab, bewies sie damit ihre Schwäche.

Die Sozialdemokraten sind entschlossen, die begonnene Auseinandersetzung fortzuführen und alle Anstrengungen zu machen, um vor den Menschen in ganz Deutschland die Konfrontation über die Kernfragen der deutschen Politik in Gang zu bringen und jede Möglichkeit zu nutzen, um Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland zu erzielen. Die beiden Versammlungen, die gegenwärtig unter dem Hilfsbegriff "Redneraustausch" diskutiert werden, sollen nur eine Vorstufe sein. Falls diese Versammlungen Wirklichkeit werden, falls sich das Zentralkomitee entschließt, die Redner der SPD in Chemnitz ungehindert sprechen zu lassen, dann werden sie dort die Ansicht der Sozialdemokraten im Sinne der bisher gegebenen Offenen Antworten vortragen und als Repräsentanten des freien demokratischen Deutschland vor den Menschen in ganz Deutschland argumentieren.

Enttäuschte Extremisten

Zur Deutschland-Kündigung der Vertriebenen

Der Alle vor einigen Monaten das Präsidium der Länder der Vertriebenen seine Absicht der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen, am 14. Mai in der provisorischen Hauptstadt der Vertriebenen die Kündigung der Deutschland-Kündigung zu veranlassen, gab es nicht wenige, die daran einige Befürchtungen knüpften. Sollte nicht der Weg der Kündigung in die Zeit, in der sich so vieles in Bewegung befindet? Waren nicht Hinweise zu erwarten, den Fremde nicht, die sich der oder germanische Ausland registriert aufmerkamer, was in der Zeit der Vertriebenen und Flüchtlinge geschied. Der Bund der Vertriebenen stößt gerade bei anderen politischen Parteien auf tiefen Misstrauen und keine solche Gegenpartei steht in der Lage, die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die Vertriebenen wie diese machtvolle Verbindung von Menschen, deren Arbeit die Vertriebung die politischen Opfer von der Hitler-Verhaftung gegenüber Krieges aufstellt, werden in anderen Ländern nicht nur andere Völker gehört es, sondern auch unter den Vertriebenen die "Funktionäre" der Vertriebenen die Schuld von ihnen und die Verantwortung. Man nennt sie einen Sonderfall, eine Gruppe, die Realität wiederlegt solche Zersplitterte Bundesbürger und der Vertriebenen sind sich in Kundgebungen zu zeigen, wenn es gilt, ihre eigene Verantwortung zu bringen und jener, die von Solidarität und von dem deutschen Volk überfordert, auf den sie Anspruch haben.

Das Sondergeschick der Vertriebung von vielen Millionen Menschen hat nicht zu einer Abspaltung anderer Völker geführt, die an die Vertriebungsposten wüchsen und einfließen. Und ohne die reine deutsche Demokratie ohne die aktive Mitwirkung der Vertriebenen und Flüchtlinge, wie hätte es um die Stabilität anderer Länder gelaufen, wäre es nicht gelungen, diese Millionen erzwungener Menschen wieder in Staat und Gesellschaft einzubringen, die hatten in ihrer neuen Heimat die den Gehalt und die Tatkraft anderer verstärkten Stille zu bewahren. Der Bund der Vertriebenen und Flüchtlinge der Ost- und Westdeutschen, der Verbände der Vertriebenen und Flüchtlinge haben sich als eine der stärksten Institutionen der deutschen Wirtschaft erwiesen und sie auf den hohen Stand gebracht, den die Leute besitzen. Die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen und Flüchtlinge verlor sich nicht in ihrer Lebens- und Verdienstmöglichkeit, wie würde sich dem heute und morgen zu schenken mit die Vertriebenen, auf denen die Bundesrepublik ruht. Im Jahre 1949 wurde die "Manchester Guardian" die vertriebenen Menschen eine menschliche Bombe. Die Verbände haben auch beigetragen, dass sie es nicht wurden und auch nicht zu einer Gefahr für die innere Stabilität der Bundesrepublik. Sie haben ihre Berechtigung in unserer pluralistischen Gesellschaft bewiesen und ihren Standort, eingebettet im Gesamtgeschick anderer Völker und seines Bestrebens nach einem friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen dem deutschen Volk und seiner Nachbarn befürden.

Die Verbände müssen ihrer Natur nach, wenn sie wirksam sein wollen parteipolitisch unabhängig sein, sie müssen aber auch in alle Parteien hineinwirken, ohne den Parteien ihren Willen aufzuzwingen. Es kann keine spezifische Außenpolitik der Vertriebenenverbände geben; die Formung der Außenpolitik, die Regelung unseres Verhältnisses als Volk zu den anderen Völkern geht das Ganze an. Doch niemand kann und wird den Vertriebenen und ihren berufenen Sprechern das Recht verweigern, aus Ihre aus ihrem reichen Erfahrungsschatz zur Formung einer konstruktiven deutschen Ostpolitik beizutragen. Es war gerade der SPD-Bundestagsabgeordnete und nun fast einstimmig wiedergewählte Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Dr. Wenzel Jaksch, der mit seinem vor Bundestag 1966 vorgelegten Jaksch-Bericht der deutschen Ostpolitik wegweisende Impulse gab, die in vertieften Handelsbeziehungen mit den Ostblockstaaten ihren Niederschlag fanden. Und dieser gleiche Mann war es auch, der auf der Deutschland-Kundgebung des Bundes der Vertriebenen seine Stimme zur Verständigung mit den Ostvölkern auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Menschlichkeit erhob - eine Stimme, die man nicht als Stimme des Bewandlans abtun kann, wie es die kommunistische Propaganda aus recht durchdrichtigen Gründen tut.

Gewiß, es gab einige Schönheitsfehler bei dieser Behandlung des friedlichen Willens der Hunderttausend. Manche entließen ihre Emotionen. Menschen, denen nicht bewußt sein kann, welche schreckliche Wunde das Vertreibungsgeschehen den davon Betroffenen geschlagen hat - Wunden, die schwer vernarben. Doch auch die schärfsten Kritiker der Vertriebenen-Verbände sollten bedenken: fiel auf dieser Deutschland-Kundgebung auch nur ein Wort von Rache und Vergeltung, von Hass und Aufreizung, stand nicht vielmehr das Streben nach einem gerechten, die Lebensinteressen der anderen Völker beachtenden Ausgleich im Vordergrund und auch das: Ist niemand mehr eine Vertreibung will? Hier fanden sich Menschen zusammen, die um fremdes Leid wissen, weil sie selbst schweres Schicksal erfahren.

Für Extremisten gab es an diesem Deutschlandtag der Vertriebenen keinen Raum. Der Hunger nach Gerechtigkeit und nach einem Frieden, der keine Herrenvölker mehr kennt, der Wille, das Freiheit und Selbstbestimmung in ganz Europa zum Durchbruch kommen, besteht in und beseelt das Viertel unseres Volkes, das am schwersten unter Hitlers Wahnsinn leidet. Die Millionen der Vertriebenen dürfen nicht das Gefühl bekommen, daß auf und hinter ihrem Rücken künstliche Friedensregelungen in Europa ausgetragen werden. Das würde den Zusammenhalt unseres Volkes sprengen und der Demokratie tödliche Schläge versetzen.

Gerechtigkeit nach außen verlangt und bedingt die Gerechtigkeit nach innen. Da ist so manches nachzuholen. Die menschliche und soziale Katastrophe der Vertreibung hat in der Gesetzgebung noch nicht jene Würdigung gefunden, die sie verdient. Große soziale Spannungen tun sich hier auf. Man denke nur an das Los der 500 000 vertriebenen Bauern. Sie stehen auf der untersten Stufenleiter unseres Sozialgefüges, sie fühlen sich um viele Versprechungen betrogen. An ihnen hat sich nationale Solidarität noch zu bewähren.

Von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer

Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals -
ein dringendes Projekt von europäischem Rang

Von Armin Regius

Nach einer Untersuchung des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung wurden in der "Bundesrepublik im September 1962 pro qkm in den an Wasserstraßen gelegenen Kreisen in der Industrie 2,9mal soviel Personen beschäftigt wie in den nicht an Wasserstraßen gelegenen Kreisen. Die Industriemätze lagen in den ersteren sogar 3,7mal so hoch wie in den Kreisen ohne Wasserstraßenanschluß".

Bei einem Vergleich mit einer für den September 1955 durchgeführten Untersuchung stellte sich heraus, daß die Industriebeschäftigtenzahlen von 1955 bis 1962 in den an Wasserstraßen gelegenen Kreisen um 36 Prozent, in den nicht an Wasserstraßen gelegenen Kreisen jedoch nur um 15 Prozent gestiegen sind. Eine entsprechende Entwicklung hatten die Industriemätze genommen.

Diese allgemeinen im Bundesgebiet festgestellten Tendenzen sind in besonderem Maße in bezug auf eine Wasserstraße bestätigt worden, die seit 1921 im Bau, aber immer noch nicht vollendet ist: Der Rhein-Main-Donau-Kanal, der eine Wasserstraßenverbindung zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer für Schiffe mit bis zu 1.500 Tonnen herstellbar soll. Der für eine gleichzeitige Befahrbarkeit in beiden Richtungen für diese Tonnage vorgesehene Rhein-Main-Donau-Kanal hat sich nun in den letzten Wochen zu einem Streitobjekt zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern und in Bayern selbst zu einem solchen zwischen den Parteien entwickelt.

Wer zieht den Schwarzen Peter?

Eine Art Kahnschreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Goppel an die Adresse von Bundesfinanzminister Dahngrün sollte offenbar dazu dienen, den "Schwarzen Peter" für den relativ schleppenden Ausbau der nicht nur für Bayern bedeutsamen Wasserstraße vorsorglich nach Bonn zu schieben. Unmittelbarer Anlaß dafür war ein Schreiben Dahngrüns an den mittelfränkischen Bezirksvorsitzenden der Jungdemokraten, wonach vor einem konkreten Beschluß zum Weiterbau der Strecke von Nürnberg nach Regensburg erst ein Gutachten über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in diesem Raum erstellt werden soll. Dahngrün scheint hierfür ein Einverständnis mit Goppel behauptet zu haben, das dieser in diesem Ausmaß bestreitet. Jedenfalls ist die RMD-Diskussion durch diese Vorgänge sowie durch eine entsprechende Stellungnahme der bayerischen SPD in einer breiteren Öffentlichkeit in Gang gekommen, und es lohnt sich für jeden, der politisch und ökonomisch weiter denkt, sich die zugrundeliegende schwierige, aber bedeutsame Materie vor Augen zu führen.

Ein Blick auf die Landkarte Europas unter Berücksichtigung der großen Umsätze und der relativ billigen Frachtkosten auf Wasserwegen läßt unschwer erkennen, welchen Aufschwung Handel und Industrie besonders im bayerischen Ostraum und Grenzland nehmen müßten, wenn der ganze europäische Südosten eine unmittelbare Wasserstraßenverbindung bis ins Ruhrrevier erhielte. Nicht nur, daß der traditionell der deutschen Wirtschaft

aufgeschlossene europäische Südosten seine inzwischen verringerte Bedeutung für uns auf natürliche Weise wiedergewinnen würde. Auch die Gewinnung elektrischer Energie durch die zahlreichen Stauwerke des Kanals hat sich an den jetzt schon ausgebauten Teilstrecken bis Bamberg als außerordentlich nützlich und belebend für die Wirtschaft erwiesen. Der Endausbau des Kanals sieht eine Regeljahreserzeugung von 5,4 Milliarden Kilowattstunden vor, 1970 ist mit 2,3 Milliarden kWh zu rechnen, während heute schon durch die 42 Kraftwerke im RMD-Bereich 1,8 Milliarden kWh jährlich erzeugt werden, was im letzten Jahr immerhin schon 31,8 Prozent der bayerischen Erzeugung an elektrischer Energie durch Wasserkraft ausmachte.

Bemerkenswert ist auch die Entwicklung des Güterumschlags in den Main- und Donauhäfen, der 1936 am Main 5,3 Millionen, an der Donau 0,8 Millionen Tonnen betragen hatte, sich 1956 auf 12 Millionen bzw. 3,1 Millionen gesteigert hatte und 1965 schon 24 Millionen Tonnen bzw. 3,5 Millionen Tonnen erreichte.

Bund und Land nicht einig

Angesichts dieser Bilanz ist es an sich etwas verwunderlich, daß sich Bund und Land über die weitere Entwicklung des Kanalausbaus offensichtlich nicht einig sind. Ein Blick hinter die Kulissen bei diesen Tauziehen läßt jedoch sehr schnell erkennen, daß es Finanzierungsfragen sind, an denen sich die Meinungen scheiden. Begrüßt wird das Projekt von der EWG über Bonn bis nach Wien. Nur das Geld rollt viel langsamer an Rhein, Main und Donau, als den Politikern die beglückwünschten Worte über die Lippen.

In der Tat kann nicht geleugnet werden, daß die Aufwendungen hoch sind, während die unmittelbare Rendite noch lange nicht ausreicht, sie abzuzahlen. 529 Millionen DM und 185 Millionen DM sind bis 1964, sind bis zur Erreichung Bambergs aufgewendet worden, während der bis 1969/70 geplante Ausbau bis nach Würzburg noch einmal rund 400 Millionen kosten dürfte, ganz zu schweigen von den rund 2 Milliarden, mit denen für den Ausbau der Strecke Nürnberg-Regensburg einschließlich der Damperegelung bis nach Passau zu rechnen ist.

Nach den Berechnungen, die Staatsbankpräsident Oberhard über die Planungen der zu einem Drittel dem Freistaat Bayern zu zwei Dritteln dem Bund gehörenden Rhein-Main-Donau-AG angestellt hat, ist auch bei günstigster Entwicklung nicht damit zu rechnen, daß noch vor dem Jahre 2000 mit der Bezahlung der Annuitäten für die Finanzierung des Gesamtbaus gerechnet werden kann, sofern lediglich die Einnahmen aus der Energiegewinnung für die Kreditrückzahlung zugrundegelegt werden. Dazu kommt noch die vorwiegend in Bonn angestellte Überlegung, daß ab 1970 die Energiegewinnung aus Atomkraftwerken zu ernsthaften Konkurrenzerscheinungen auf dem Energiesektor führen wird, so daß auch von daher noch zusätzlich eine rückläufige Einnahmementwicklung bei den RMD-Kraftwerken nicht ausgeschlossen werden kann. - Damit wird das RMD-Projekt aus der Sphäre des rein wirtschaftlichen unmittelbaren Rentabilitätsdenkens in den Bereich der politischen Grundsatzentscheidungen gerückt.

Vorteile auf lange Sicht

Es dürfte nach Lage der Dinge nämlich keinen Zweifel mehr unterliegen, daß der Nutzen des Rhein-Main-Donau-Kanals auf lange Sicht weniger in der Energiegewinnung als vielmehr in den Vorteilen liegt, die

er der Gesamtwirtschaft Deutschlands und Europas bringt. Ähnlich dem Bau von Autobahnen, von Schulen und Hochschulen läßt sich auch hier nicht auf Heller und Pfennig und in genauen Jahresraten errechnen, wie rentabel diese Einrichtung sein wird, ohne daß irgend jemand ernsthaft bestreiten kann, daß der Gesamtnutzen groß sein wird. Die Bezeichnung der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Bund in der Frage der RMD-Finanzierung 1966 es einem bedauern, daß die sich ständig vermehrenden Umschlagstonnen am Kanal leider kein Stimmrecht bei Bundestagswahlen haben. Es könnte sonst mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die halbe Bundesregierung sich längst an der Donau-Mündung ins schwarze Meer von Empfang des ersten Schiffes eingefunden hätte, das den binneneuropäischen Wasserweg vom Kanal über den Rhein dorthin zu schloßgelegt hätte.

Damit ist die eigentliche Tragik aufgeweigt, die hier zugrunde liegt. Das Denken von Wahl zu Wahl, die ideologisch bedingte Angst vor einem zu starken staatlichen ("dirigistischen") Engagement in der Wirtschaft hat den entscheidenden politischen Kräften in Bonn den Blick für langfristige Entwicklungen getrübt. Ein Bruchteil der in Zusammenhang mit der Stilllegung von Mahrscheben aufgewendeten und noch zu verwendenden Mittel hätte genügt, mit Hilfe des leicht ausgebauten RMD-Kanals einen Großteil jener Kohle im Südosten Europas an den Mann zu bringen, die uns allen so viel Sorge macht.

Insgesamt gesehen wird die Beschleunigung des RMD-Ausbaus nur durch ein stärkeres staatliches Finanzengagement in der Form von Zuschüssen zu erreichen sein, wenn das Wettrennen mit dem Vier-Donau-Kanal nicht schon bald verloren sein soll - mit allen Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft.

Hamburg; gibt ein Beispiel.

Konzentration von Mittel- und Oberstufe der Volksschule
ermöglicht Leistungskurse in Englisch und Rechnen

sp -. In Hamburg ist zu Ostern 1966 mit der Konzentration der Volksschule begonnen worden. Zwanzig räumlich sehr eng benachbarte Schulen errichteten zehn gemeinsame Leistungskursysteme für die Klassen 5 bis 9. Weitere 26 Schulen gaben ihre 5. Klasse und weitere 35 Schulen ihre 7. Klasse an Reckarschulen ab und ermöglichten damit den Aufbau von Leistungskursystemen in Doppel- und dreizügigen Klassen. Damit erhalten jetzt die Hälfte aller Volksschüler der 5. Klasse und ein Drittel der Volksschüler der 7. Klasse differenzierten Unterricht in Englisch und Rechnen.

Dem Unterricht in Leistungskursen hatte bisher ein erhebliches Hindernis entgegengestanden: Schulen, die nur eine Klasse eines Jahrgangs, also keine Parallelklassen führten, konnten den Unterricht nicht differenzieren, da sie erheblich mehr Räume und Lehrer gebraucht hätten. Dieser Mehrbedarf fällt sich dort in vertretbaren Grenzen, wo Parallelklassen geführt werden. Die meisten Volksschulen verloren zum Schuljahresanfang aber so viele Schüler an die weiterführenden Schulen, daß keine Parallelklassen für das 5. und 7. Schuljahr gebildet werden können. Sollte deshalb der Unterricht in Leistungskursen ausfallen und auf eine Differenzierung verzichtet werden, die Schülern aller Begabungsgrade zugute kommt?

Anfang April 1966 begann die Hamburger Schulbehörde überall dort, wo die Voraussetzungen vorhanden sind, dennoch Parallelklassen zu schaffen. Viele Schulen gaben ihre 5. und 7. Klasse an Nachbarschulen ab und werden selbst diese Klassen nicht führen.

Von Eltern und Schule fördert diese Konzentration der Mittel- und Oberstufen in Volksschulen ein gewisses Umdenken und von manchem Schüler einen etwas längeren Schulweg. Erreicht wird hierdurch jedoch, daß im Jahr 1966 bereits etwa 50 Prozent aller Schüler der 5. Klasse, 45 Prozent der 6. Klasse und 33 Prozent der 7. Klasse in den Fächern "Englisch" und "Rechnen" in Leistungskursen gefördert werden können. Im Jahre 1965 hatten erstmals 20 Schulen das Angebot der Schulbehörde aufgenommen, Leistungskurse in Englisch und Rechnen einzurichten.

Kinder einer Klasse, die sich am Kurssystem beteiligen, nehmen im Rechnen und im Englischen an Kursen von verschiedenen Schwierigkeitsgraden teil. Die Anforderungen steigern sich von Kurs III über Kurs II zu Kurs I. Die erteilten Zensuren gelten im Rahmen des Kurses, an dem das Kind in den letzten Wochen teilgenommen hat. Der Lehrer kann in den meisten Kursen jeweils die gesamte Zensurenskala von 1 bis 6 ausnutzen. Lediglich im Kursus Englisch III erhält der Schüler kein Zifferenzugnis, sondern etwa die Beurteilung "Hat teilgenommen", "Mit Interesse teilgenommen" oder "Mit wachsendem Erfolg am Unterricht teilgenommen". Übergänge von Kurs zu Kurs sind während des Schuljahres möglich. Ebenso erfolgt die Einstufung in die jeweiligen Kurse der beiden Fächer von einander unabhängig. Ein Schüler kann also durchaus beispielsweise die Kurse Englisch III und Rechnen I besuchen.

Wie stehen Eltern und Lehrer zur Differenzierung und zur Konzentration der Klassen an den Schulen? In ihrer Sitzung vom 19. Januar 1966 hat die Elternkammer sich für die Einführung des differenzierenden Unterrichts auf möglichst breiter Basis ausgesprochen und dabei die Fernziel den Übergang auf weiterführende Schulen o k n a c P r ü f u n g bezeichnet. Eine Meinungsabfrage bei den Klassenelternvertretern einer Volksschule ergab im Februar folgendes Bild:

Nach eingehender Erklärung der Differenzierungsverschlüsse wurden die Eltern gefragt, was ihnen lieber sei, eine einzügige Klasse - ohne Differenzierung - im eigenen Schulhaus oder mehrzügige Klassen - mit Differenzierung - um den Preis des Schulwechsels. A l l e Elternvertreter entschieden sich für die zweite Alternative. Auch die Lehrerkammer hat sich für die Konzentration der Volksschulen ausgesprochen, damit wenigstens zweizügige Kurssysteme geschaffen und aufgrund der bisher gesammelten Erfahrungen schrittweise ausgebaut werden können.

Die Kinder werden nach Meinung der Lehrerkammer in den Leistungskursen durch erfüllbare Aufgaben ermutigt; wachsendes Selbstvertrauen führe auch bei schwächeren Schülern zu gesteigerter Leistung. Die Gefahr des Sitzbleibens werde gemindert, der Lernwille und die Arbeitsfreude bei allen Kindern der verschiedenen Begabungsgruppen gefördert.

Mit dem Kurssystem, das natürlich vor allem für die Großstadt geeignet ist, hat die Hansestadt ein bemerkenswertes Beispiel gegeben, das Nachahmung verdient.